

Stellungnahme zum Verlauf der Bundeskonferenz und zu den Berichten des KB über die autonomen Gruppen

Der KB behauptet in seinem Anti-AKW-Info 5:

"Die Vorbereitungen zur Bundeskonferenz sind von verschiedenen Kräften systematisch gestört worden. Als organisatorisches Zentrum dieser Störmanöver hat sich vor allem das Hamburger "Alternativ Plenum" um den "AK Politische Ökologie" hervorgetan." Von ihm beeinflusst wären viele BIs nicht zur Konferenz gefahren.

Dies ist schlicht gelogen und wird vom KB in keiner Weise belegt. Tatsache ist: Wir haben den Kongress nicht boykottiert. Wir haben die auswärtigen Gruppen, mit denen wir in Kontakt stehen, aufgefordert hinzukommen, sind selbst hingekommen und haben ihn mit vorbereitet. Wir haben Diskussionsbeiträge zur Einschätzung des 19.2. und vor allem zur weiteren Arbeit vorbereitet, von denen allerdings die meisten nicht gehalten werden konnten. Wir haben einen ausführlichen Vorschlag zur Arbeit der Bundeskonferenz eingebracht.

Übrigens: Gesetzte die komische Vorstellung des KB wäre richtig, wir würden hauptsächlich darauf hinarbeiten, "eine breite Front gegen den KB aufzubauen", welches Interesse sollten wir haben, Gruppen, zu denen wir Kontakt haben und die dem KB reserviert gegenüberstehen, von der Bundeskonferenz fernzuhalten?

Uns ging es auf der Bundeskonferenz hauptsächlich um die Klärung der folgenden Fragen:

1) Ist das Atomprogramm eine unverzichtbare Existenzbedingung des BRD-Imperialismus und nur zusammen mit ihm zu Fall zu bringen oder besteht die Chance, daß es um der inneren Ruhe und Ordnung willen fallen gelassen wird, wenn wir genügend Aufruhr dagegen machen?

2) Wie organisieren wir die A k t i o n s-einheit aller AKW-Gegner? Wie isolieren wir AKW-Befürworter, Spalter und Provokateure?

3) Werden die AKWs auf den Bauplätzen verhindert? Welche Unklarheiten und Fehler in der Zeit v o r dem 19.2. haben dazu geführt, daß es nicht zu einem Besetzungsversuch gekommen ist? Wie sind solche Schwierigkeiten in Zukunft zu überwinden?

Zu diesen drei Fragen hätte nach unserer Intention ein Austausch der Einschätzungen (Untersuchungen?) und Vorschläge möglichst vieler AKW-Gegner und BI-Vertreter stattfinden sollen. Das ist nicht geschehen. Das lag nicht an der Tagesordnung, nach der in Hannover vorgegangen wurde, sondern daran daß diese Konferenz von den dort vorhandenen Mehrheiten als Prestigeveranstaltung inszeniert wurde.

Für KB und KPD galt es am 1. Tag, ihre Demoleitung vom 19.2. möglichst triumphal zu entlasten und beschließen zu lassen, daß die Demo selbst ein "riesiger Erfolg der militanten AKW-Gegner" (Arbeiterkampf 99) war. Dies ist mit entsprechendem Aufwand (1 1/2-stündige Verlesung des 1000fach vorliegenden Rechenschaftsberichts der Demoleitung mit verteilten Rollen) ohne weiteres gelungen und wurde mit frenetischem Beifall gefeiert.

Ein weiterer Schwerpunkt für KB/KPD waren die "demokratischen Strukturen", schon um die obigen Beschlüsse auch zu "legitimieren". Auf den Kongress bezogen bedeutete dies, daß nur Delegierte abstimmen durften und gegen einen Beitrag Stimmkarten ausgegeben wurden. Begründet wurde das damit, die Münchner, die nur mit Delegierten da seien, würden sonst

"untergebuttert". Daß die 2 Münchner Delegierten (die übrigens nicht allein gekommen waren) nachher über 50 Hamburger Delegierten gegenüberstanden, störte diese scheinheiligen "Demokraten" dann natürlich weniger. Wir haben dagegen vertreten, daß Stimmkarten nur für Kampfabstimmungen gut sind, daß wir gerade Kampfabstimmungen als eine Form des Unterbutterns ansehen, daß wir Kampfabstimmungen ablehnen, weil sie die Zusammenarbeit eher behindern als voranbringen. Die meisten autonomen Gruppen aus Hamburg haben sich deshalb keine Stimmkarten geholt.

Nachdem am 1. Tag nichts gelaufen war, als daß KB und KPD ihre Steckenpferde glorios gegen den KBW ins Ziel gebracht hatten, drückten einige Unorganisierte ihren Frust über den bisherigen Verlauf dadurch aus, daß sie einen Stapel Stimmkarten ins Publikum warfen. Die Karten wurden nicht "verteilt", wie der KB schreibt, um anzudeuten, wir hätten die Abstimmung manipulieren wollen; es ging ganz eindeutig nur darum, das Absurde dieser Zeremonie auch sichtbar zu machen. Eine Erklärung dazu wurde vom Podium mit physischer Gewalt verhindert, der KB dagegen durfte lang und breit von einer "geplanten Chaotisierung der Fritz-Storimgruppe" spinnen.

Mit dieser Protestaktion den "Mißerfolg" der Konferenz zu erklären, wie der KB dies im AK 104 versucht, ist genau so vorgeschoben, wie die Story von unserem "Boykott". Der Verlauf der Konferenz wurde dadurch überhaupt nicht beeinträchtigt, weil bis zur Mittagspause keine Abstimmungen mehr anstanden. Danach waren neue Karten verteilt worden.

Ebenso verhält es sich mit dem Nebelhorn, zu dem wir in Ermangelung von "Argumenten" gegriffen hätten. Es wurde nur 4mal kurz in Gang gesetzt, ausschließlich dann, wenn durch das Gegeneinandergekreisch und Gebrüll der KB- und KBW-Anhänger die Diskussion sowieso unterbrochen war.

Jeweils abends nach beiden Konferenztagen trafen sich ungefähr 60 Vertreter von BIs aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin, um wenigstens ansatzweise ihre Erfahrungen und Pläne auszutauschen. Dabei standen neben dem Vorgehen auf der Bundeskonferenz hauptsächlich die folgenden Fragen zur Diskussion:

- Schwierigkeiten die örtliche Bevölkerung um ein AKW in den praktischen Widerstand mit einzubeziehen (Grohnde, Brokdorf).
- Wie kann man die Öffentlichkeitsarbeit wirksamer und weniger papierintensiv machen?
- Unter welchen Bedingungen und wo sollte eine bundesweite Großaktion an einem AKW-Bauplatz stattfinden?
- Wie können wir besser zusammenarbeiten?

Um diese Fragen ausführlicher zu besprechen und nächste gemeinsame Aktionen zu planen, wurde beschlossen, sich im Juni zu einem Arbeitstreffen zusammenzufinden. Ort (weiter südlich) und Termin werden nach Pfingsten bekanntgemacht.

Am 2. Tag gab es aufgrund der zahlreichen Unmutsäußerungen und nach einer selbstkritischen Erklärung der Diskussionsleitung wenigstens Ansätze, in denen die BIs ihre Erfahrungen und Vorschläge zur weiteren Arbeit vorbringen konnten. Auch dabei wurde die Rednerliste unglaublich willkürlich gehandhabt. Manche im Reden weniger Routinier hatten auch einfach Angst, ihre Beiträge zu halten, weil die einheitlich stupiden

richtig
oder
falsch?

z.B. gegen
Wirtschaft

wird gegen Spaltungsversuche d. KB gef.

Reaktionen der KBler eine solidarische Auseinandersetzung unmöglich machten. Auch bei diesem TOP wurden hauptsächlich die bekannten Parolen der Organisationen variiert. Vor allem der KBW provozierte durch seine wiederholten Strompreisaufrechnungen als Grundlage für den Zusammenschluß der Volksmassen. Abgestimmt wurde schließlich mit großer Mehrheit der Vorschlag des KB, im September zwei bundesweite "Aktionswochen" durchzuführen und nach der ersten Woche, für die örtliche und regionale Aktionen vorgesehen sind, einen weiteren Bundeskongress einzuberufen, um den weiteren Verlauf der Aktionstage festzulegen.

Nicht durchgebracht wurde die Intention von KB/KPD, ein "bindendes Beschlüsßorgan für die Arbeit der BIs als Ausdruck von Einheit und Stärke der Bewegung" (AK 104) zu installieren. Auch das dazugehörige zentrale Organ (Bundeszeitung) wurde nicht beschlossen. Wir haben schon vor der Bundeskonferenz erklärt, daß wir gegen solche Beschlüsse sind, "die zu einer Einschränkung der Autonomie der einzelnen Gruppen führen". Der KB deutet das in demagogischer Weise so, daß die autonomen Gruppen "nur die Beschlüsse anerkennen wollen, die in ihrem Sinn ausfallen." ("Stellungnahme zur BK") Wir wollen damit sagen, daß wir - angesichts der bestehenden Fraktionierung der Antiatombewegung - gegen ein verbindliches Beschlüsßgremium sind, das entscheidet, was die Gruppen zu tun und zu lassen haben, und gegen ein zentrales Organ, das diese Beschlüsse als offizielle bekannt gibt. Einheit entsteht nach unserer Meinung aus einem dichten nicht zentralisierten Kommunikationsnetz und aus gemeinsamen Aktionen (wie bei den bisherigen Großkundgebungen), nicht aus Mehrheiten beim Delegiertenwählen und aus Bundesbeschlüssen.

Schließlich behauptet der KB noch, wir seien aus der Bundeskonferenz ausgezogen. Auch dies ist eine gezielte Falschmeldung. Wir haben zwar zweimal in den Pausen darüber diskutiert, es wurde aber einmütig beschlossen, nicht auszuscheiden, sondern die Konferenz so gut es ging in dem oben benannten Sinn zu beeinflussen. Eine Reihe von Leuten sind zwischendurch (zusammen mit führenden KBlern) zur Pressekonferenz gegangen, während die Abstimmungsmaschinerie zum Endspurt ansetzte. Diese sind nach der Pressekonferenz zurückgekommen. Einige sind auch nach dem 1. Tag nach Hamburg gefahren, um an der Besetzungsaktion teilzunehmen. Daß bei den entscheidenden Abstimmungen des 2. Tages nur noch 130 (von 256 "akkreditierten") Delegierten da waren und daß drei Diskussionsleiter ihre weitere Mitarbeit an dieser Inszenierung aufkündigten, steht auf einem anderen Blatt. Verantwortlich dafür sind KB/KPD und der KBW. (Sehr antikommunistisch sowas!)

Wir sind auf die Falschmeldungen des KB hier so ausführlich eingegangen, weil wir annehmen müssen, daß sie nicht zufällig oder aus gewohnheitsmäßigem Anpinkeln zu erklären sind, sondern mit der Absicht gebracht werden, jetzt - solange der KB noch das Sagen im Hamburger Plenum hat - die Konfrontation mit den autonomen Gruppen zuspitzen, wo immer sich eine Gelegenheit bietet. Auf diese Weise hofft man möglichst rasch, bevor die Unorganisierten sich konsolidieren und größeren Einfluß in der BUU gewinnen können, zur Spaltung zu kommen. Dies ist innerhalb des KB eine ausgemachte Sache.

Dieser Angriff ist von langer Hand vorbereitet worden. Das beweisen die Rundbriefe des "Leitenden Gremiums", in denen schon am 4. Januar dazu aufgerufen wird, die "Möchtegern-Spontis" und "politischen Scharlatane aus der Bewegung herauszudrängen." "Damit würde ein Zustand beendet, wo die Hamburger Sponti- und ML-Szene den BUU-Vertretern aus der Brokdorfer Region ihre Taktik und wirren Vorstellungen aufzwingen konnten." "Diese alteingesessene Clique von politisch Kurzsichtigen und Provokateuren monopolisiert aufgrund ihrer füh-

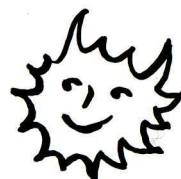
renden Stellung in der Vorläuferorganisation der heutigen BIs nahezu sämtliche Informationen..." Diese Beurteilung hindert den KB nicht im Anti-AKW-Info 5 von den gleichen Leuten zu schreiben: "Weder in der Frage der Militanz ("Gewaltfrage") noch bei der politischen Bewertung zentraler Großaktionen und dezentraler Einzelaktionen, weder in der Bewertung der Strategie der Atomindustrie und des Staatsapparats noch in der Ausarbeitung einer entsprechenden Gegenstrategie gibt es generelle Widersprüche zwischen dem KB und dem AK Politische Ökologie." Abgesehen davon, daß die bestehenden generellen Widersprüche geflissentlich übersehen werden, macht diese Gegenüberstellung klar, daß es sich für den KB bei der Auseinandersetzung mit den autonomen Gruppen nicht um eine inhaltliche sondern um eine reine Machtfrage handelt. Es geht dem KB offensichtlich nur darum, daß endlich Ruhe im Karton herrscht und er seine Vorstellungen von "demokratischer Aktionseinheit" ungestört in der BUU, wie vorher schon in der Schüler- und Frauen"AE", praktizieren kann. Aus allem, was der KB zu dieser Frage geschrieben hat, vor allem aber aus seinem politischen Vorgehen in der BUU müssen wir schließen, daß er nicht davon ausgeht, daß wir das Atomenergieprogramm zu Fall bringen können. Vielmehr hofft er, anlässlich dieser Massenbewegung Menschen für seine spezielle Politik zu gewinnen. Deshalb geht es ihm auch - trotz gegenteiliger Behauptungen - nicht um die Aktionseinheit aller AKW-Gegner sondern um Polarisierung innerhalb der Bewegung, um alle, die für ihn erreichbar sind, näher an sich zu binden. Die Trennungslinie, an der er dabei polarisiert, ist nicht eine Frage der Einschätzung oder der Strategie, sondern die Frage der KB-Freundlichkeit, bzw. des "Antikommunismus". Als Antikommunismus wird dabei kurzerhand jede Kritik am Vorgehen des "KB" erklärt, was den großen Vorteil hat, sich inhaltlich damit nicht auseinanderzusetzen zu müssen.

Auch die in diesem Zusammenhang vom KB vorgetragenen Verleumdungen, wir wollten "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" in der BUU durchsetzen, sind aus der Luft gegriffen. Wir haben den Mitgliedern linker Organisationen deutlich gemacht, daß wir uns auf den Montags-treffen erst einmal untereinander abklären wollten, bevor wir uns am Donnerstag mit ihnen auseinandersetzen. Wir halten es für unser legitimes Recht, solche "Fraktionstreffen" durchzuführen. Im Unterschied zu den Fraktionstreffen z.B. des KB ist der Kreis derer, die dorthin kommen, nicht so fest zu umreißen. Wenn der KB meinte, diesen Umstand für seine "Lauschangriffe" (wie er es nennt) nutzen zu sollen, so haben wir ihn bisher - trotz gegenteiliger Behauptungen - nicht daran gehindert, aus Großzügigkeit und weil wir uns Nervereien über diesen Punkt schenken wollten. Wir haben die Berichterstatter nur aufgefordert, sich zu erkennen zu geben und einigermaßen wahrheitsgemäß zu berichten. Dazu waren sie offenbar nicht in der Lage.

Wir werden uns weiter gegen die mit solchen Lügen vorbereiteten Spaltungsmanöver des KB zur Wehr setzen und stellen nochmals fest: Wir sind gegen eine Spaltung der BUU. Was wir wollen ist: Die Autonomie der Initiativen, ihren gleichberechtigten Zusammenschluß in gemeinsamen Aktionen. Dies ist die Stärke der Anti-AKW-Bewegung.

Koordinationstreffen autonomer Gruppen und Unorganisierter in der BUU

c/o 2 Hamburg 19, Lutterothstr. 33
Tel. 40 27 82



wir Auf-
einander-
setzung ff.

v.a. gegen
Entwertung

wir
verbind-
en!